

BESCHLUSSVORLAGE V0358/14 öffentlich	Referat	Referat OB/ZV
	Amt	Referat für zentrale Verwaltungsaufgaben
	Kostenstelle (UA)	0201
	Amtsleiter/in	Christian Siebendritt
	Telefon	3 05-12 00
	Telefax	3 05-12 04
	E-Mail	steuerung@ingolstadt.de
Datum	30.09.2014	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Kultur- und Schulausschuss	09.10.2014	Vorberatung	
Jugendhilfeausschuss	15.10.2014	Vorberatung	
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	16.10.2014	Vorberatung	
Stadtrat	22.10.2014	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Aktionsplan Inklusion; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25.03.2014 AN/009/14
(Referenten: Herr Siebendritt, Herr Scheuer)

Antrag:

1. Die Stellungnahme zum Prüfungsantrag „Aktionsplan Inklusion“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt einen Aktionsplan Inklusion mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise und den benannten Handlungsfeldern zu erarbeiten.

gez.

Christian Siebendritt
Berufsmäßiger Stadtrat

gez.

Wolfgang Scheuer
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt: <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von _____ Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von _____ Euro müssen zum Haushalt 20 _____ wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25.03.2014 wurde im Stadtrat vom 05.06.2014 behandelt. Im Ergebnis der Beratungen lässt sich feststellen, dass parteiübergreifend die Erstellung eines Aktionsplanes Inklusion befürwortet wird, weshalb der Antrag als Prüfungsantrag an die Verwaltung beschlossen wurde.

Das Themenfeld Inklusion wird seit mehreren Jahren an verschiedener Stelle innerhalb unserer Stadt bearbeitet und ist mittlerweile in mehreren Berichten (z.B. im Bildungsbericht oder im Sozialbericht) thematisiert und teilweise wurden daraus auch Handlungsfelder definiert.

Zur Umsetzung des Prüfungsantrags wird folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

1. Es wird eine Bestandserhebung und ggf. eine Aktualisierung vorhandener Daten durchgeführt. Ergänzt wird diese Bestandserhebung durch Expertengespräche zu den einzelnen Themenbereichen, so dass am Ende der Bestandserhebung eine quantitative und qualitative Aussage zum Bedarf getroffen werden kann.

2. Im Anschluss daran sollten die gesammelten Bedarfsaussagen in Handlungsfelder untergliedert werden. Diese Handlungsfelder könnten lauten:
 - a) - Frühe Förderung, Schule, Bildung,
 - b) - Gesundheit, Rehabilitation, Prävention, Pflege,
 - c) - Arbeit und Beschäftigung,
 - d) - Barrierefreiheit, Mobilität, Bauen,
 - e) - Erholung, Kultur, Sport,
 - f) - Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben,
 - g) - Öffentlichkeitsarbeit,
 - h) - Statistik und Datensammlung,
 - i) - Finanzierung, Zuständigkeit, Zeitplan, Monitoring.

Die genannten Handlungsfelder gewährleisten eine breit angelegte Analyse der momentanen Situation, ermöglichen die Definition von konkreten Maßnahmen und Zielen und stellen sicher, dass der Stand der Umsetzung und die Wirksamkeit der Maßnahmen in regelmäßigen Abständen überprüft werden können.

3. Eine regelmäßige Berichterstattung an den Stadtrat im Jahresabstand (wie bereits für den Integrations-, für den Bildungs-, und den Sozialbericht vorgesehen) wäre auch für den Aktionsplan vorzusehen.

